

Boko Haram – Terror ohne Ende?

Der Erfolg der islamistischen Terrorgruppe ist ein Symptom für viele Probleme Nigerias

EDITORIAL

Willkür und Brutalität der Terrorakte der islamistischen Terrorgruppe Boko Haram in Nigeria nehmen seit Jahren zu. Und die nigerianische Regierung erscheint merkwürdig machtlos, obwohl viel Geld (20% des Bundeshaushalts, davon ca. 2 Milliarden in Antiterrormaßnahmen) in den Sicherheitssektor fließt. Wie kann das sein? Und wie passt es zusammen, dass Afrikas mittlerweile größte Volkswirtschaft mit seit Jahren stabilen Wachstumsraten von Terror und Gewalt überrollt wird?

Hinweise liefern Zahlen, die ein anderes Nigeria zeigen, fernab von Prosperität und Erfolg: Die Lebenserwartung im Land ist die niedrigste weltweit, 100 Millionen Nigerianer leben in absoluter Armut und laut Transparency International liegt Nigeria was die Korruption betrifft auf Platz 144 von 177 (2013).

Zu vielen geht es offensichtlich zu gut unter den bestehenden Verhältnissen. Reformen bei Justiz und Polizei werden nur quälend langsam umgesetzt.

Das Land ist zutiefst gespalten in einen florierenden Süden und dem Norden mit Stagnation, bitterer Armut und prekären Sicherheitsverhältnissen. Von hier breitet sich der Terror immer weiter aus.

Die von der Regierung zur Hilfe gerufene Armee bringt in ihrem Kampf gegen den Terror mit Menschenrechtsverletzungen die Menschen gegen sich auf. Ist es so abwegig, dass vielen Menschen im abgehängten Norden der von Boko Haram proklamierte „wahre Islam“ trotz des willkürlichen und blutigen Terrors als einzige Alternative erscheint? Nina Müller zeigt Hintergründe, Versäumnisse und Fehlentwicklungen auf und sucht nach Lösungsansätzen. *Karin Hammer*



Der afrikanische Riese in der Sackgasse: Die Entführung von über 200 Schulmädchen im April in Chibok im Nordosten Nigerias durch die Terrorgruppe Boko Haram rief Entsetzen hervor und führte zu weltweiten Solidaritätskampagnen. Der Großteil der Mädchen ist immer noch verschwunden und die Frage, wie über 200 Menschen vor der Nase von Polizei und Geheimdiensten spurlos verschwinden können, ist noch längst nicht geklärt. Foto: picture alliance/AA

Nina Müller

In den vergangenen Wochen und Monaten kam Nigeria nicht aus den Schlagzeilen: Schulen, Märkte, Behörden und ganze Dörfer wurden Ziele von Terroranschlägen. In den Medien herrscht das Bild eines von Grund auf unsicheren Landes vor, in dem willkürlich Angehörige der Sicherheitskräfte, Christen, traditionelle Führer und unbescholtene Bürgerinnen und Bürger ermordet werden. Besondere Aufmerksamkeit erregten mehrere Anschläge zwischen April und Juni 2014 in der Hauptstadt Abuja mit Hunderten von Toten sowie die Entführung von über 200 Schülerinnen eines Mädcheninternats in Chibok im nordöstlichen Bundesstaat Borno. Die seit einigen Jahren aktive islamistische Terrorgruppe Boko Haram, die sich öffentlich gegen die Regierung

und die demokratische Verfassung Nigerias stellt, hat sich zu den Taten bekannt. Eines ihrer zentralen Ziele ist es, Nigeria vollständig unter Scharia-Gesetz zu stellen. Boko Haram lehnt den säkularen Charakter der nigerianischen Gesellschaft wie auch euro-amerikanisch geprägte (im-)materielle Produkte jeglicher Art ab. Die Gruppe verfolgt das Ziel, Nigeria in einen gesamtislamischen Staat umzuwandeln. Sie kritisiert die systemische Korruption und ungerechte Verteilung des Reichtums. Die unmittelbare Folge von Boko Harams Aktivitäten ist ein nicht enden wollender Terror, der viele Menschen aus Nordnigeria dazu veranlasst, aus Angst um ihr Leben ihre Heimat zu verlassen.

Die Bekämpfung der in islamischen Ländern bzw. Regionen aktiven Terrorgruppen ist bislang kaum langfristig erfolgreich gewesen. Lokale Konfliktsituationen werden damit Teil der weltweiten Diskussion über

Nigeria – Daten und Fakten

Das am Golf von Guinea in Westafrika gelegene Nigeria ist mit geschätzten 170 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Land Afrikas. Neben den drei größten Ethnien Yoruba im Südwesten, Hausa im Norden und den Igbo im Südosten, gibt es ca. 300 weitere ethnische Gruppen. Nigeria erlangte 1960 die Unabhängigkeit von der Kolonialherrschaft Großbritanniens. Der von 1967 bis 1970 andauernde Bürgerkrieg im Südosten des Landes resultierte aus dem Separationsbestreben der „Republik Biafra“. Er forderte über eine Million Menschenleben und war bis zum Auftreten Boko Harams die größte Zerreißprobe Nigerias.² Seit dem Ende der letzten Militärdiktatur 1999 wurde es institutionell nach US-amerikanischem Vorbild zu einer demokratischen Republik umgeformt. Territorial gliedert sich Nigeria in 36 Bundesstaaten mit dem Verwaltungsbezirk der Hauptstadt Abuja (Federal Capital Territory/ F.C.T.) in der geographischen Mitte des Landes. Nigeria hat durch seine führende Rolle in der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) eine wichtige Position in der Region und beteiligt sich regelmäßig an deren Militäreinsätzen. Seit dem Ende der Militärdiktatur erfolgt offiziell eine Demokratisierung des Landes – sie kann aber nicht als abgeschlossen gelten.

Die gesellschaftliche und politische Situation ist von zahlreichen, mitunter gewalttätigen Konflikten geprägt: Das Nebeneinander unterschiedlicher Lebensweisen ethnischer Gruppen, die Folgen von Migration bezüglich Landrechten, sowie eine Vielzahl von lokalen Glaubensrichtungen, neben dem Islam und Christentum als Hauptreligionen, sorgen seit jeher für Spannungen oder werden mit politischen Absichten instrumentalisiert. Hinzu kommen insbesondere im Niger-Delta anhaltende Konflikte in Folge der Erdölförderung. Der Süden gilt aufgrund des Erdöls, der verarbeitenden Industrie und des Dienstleistungssektors als wirtschaftlich stärker als der landwirtschaftlich geprägte Norden. Steigender Konsum ist eine Folge von Präsident Jonathans Wirtschaftsprogramm. Eine wachsende Mittelschicht und eine relativ freie Presse sind weitere Merkmale dieser Gesellschaft.

Trotz eines relativ hohen durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens leben aber viele Nigerianer von weniger als 1 US \$/Tag und damit unterhalb der Armutsgrenze. Die durchschnittliche Lebenserwartung von 48 Jahren ist die niedrigste weltweit. Viele Jugendliche sind ohne Arbeit und Perspektive, gleichzeitig bereichern sich politische Eliten. Es herrschen starke soziale Ungleichheiten und entsprechende Ungerechtigkeitsgefühle im Land. Viele Nigerianer werfen staatlichen Stellen vor, nichts für eine gerechtere Verteilung der wirtschaftlichen Gewinne zu tun.

Polizei und Militär betreiben oft Klientelpolitik, agieren nicht selten als private Sicherheitsdienste für Konzerne oder werden zumindest so wahrgenommen. Sie gelten weitestgehend als korrupt. Anerkennung oder Vertrauen der Gesellschaft genießen die staatlichen Sicherheitsorgane praktisch nicht.

Möglichkeiten der internationalen Gemeinschaft, in Staaten unterstützend einzugreifen. Vor allem rücken diejenigen Länder ins Zentrum der Betrachtungen, die über keine oder, von einer westlichen Warte aus betrachtet, nur unzureichend funktionierende staatliche Sicherheitsorgane verfügen.

Aus diesem Grund wurde die Möglichkeit diskutiert, den Kampf gegen Boko Haram mit westlicher Militärhilfe zu verstärken. Die USA entsandten bereits im Mai Truppen in den benachbarten Tschad, um die Suche nach den entführten Schülerinnen mit militärischer Aufklärung zu unterstützen. Doch

diese und andere Arten der militärischen Unterstützung mögen zwar kurzfristig Erfolg haben, werden langfristig jedoch kaum Veränderungen bringen. Denn jede Art (westlicher) Militärhilfe richtet sich zwangsläufig an die falschen Stellen: Boko Haram ist letztlich bloß ein Symptom für die grundlegenden Probleme Nigerias. Eine militärische Aktion zur Befreiung der Mädchen sollte von Maßnahmen, die die Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen zum Ziel haben, begleitet werden. Zwar muss die nigerianische Regierung im direkten Kampf gegen die Terrorgruppe zweifellos effektiver

werden, da sonst der völlige Zusammenbruch des ohnehin fragilen Landes droht – mit möglicherweise weitreichenden Folgen für die gesamte Region. Doch um die Grundlagen hierfür zu schaffen, braucht es umfassende und tiefgreifende strukturelle Reformen sowohl im staatlichen Sicherheitssektor Nigerias als auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die allen Nigerianern eine gerechtere Teilhabe am Ressourcenreichtum des Landes verschaffen. Kurzum: Boko Haram nur militärisch zu bekämpfen reicht nicht aus – man muss auch gegen die Ursachen des Terrors vorgehen.

In vier Schritten gehe ich den Hintergründen der Eskalation der Gewalt nach. Nach kurzen Anmerkungen über die derzeitige Wirtschaftslage und das Süd-Nordgefälle folgt eine Erläuterung der omnipräsenten Korruption und den damit verbundenen staatlichen Defiziten. Daran schließen sich bisherige Maßnahmen der Regierung zur Terrorbekämpfung und die Rolle internationaler Organisationen an.

Wirtschaftlicher Boom - ungleiche Verteilung des Wohlstands

Im ersten Quartal des Jahres 2014 wurden Wirtschaftsdaten veröffentlicht, nach denen Nigeria, gemessen am Bruttonationalprodukt, Südafrika als afrikanischen Spitzenreiter abgelöst hat. Seit April ist das Land die größte Volkswirtschaft des Kontinents. Allerdings liegt das Einkommen der meisten Nigerianer mit durchschnittlich etwa 1,25 USD pro Kopf weit unter dem Südafrikas. Die neue führende Wirtschaftsmacht Afrikas erscheint politisch kopflos, der prosperierenden Wirtschaft steht eine überforderte Regierung gegenüber.

Der momentane Reichtum speist sich zu einem Großteil aus der Erdölförderung, die in den 1950er Jahren begann. Heute ist Nigeria noch vor Angola Afrikas größter Rohöllexporteur. Der Gewinn verbleibt jedoch in den Händen einer Elite. Die politische Macht liegt seit Jahrzehnten in den Händen einflussreicher Führungspersonen, die sie durch Korruption erhalten. Kämpfe von Milizen um natürliche Ressourcen und eine gerechte Verteilung der Gewinne bestimmten in den 1990er Jahren die politische Landschaft. Auch die Einführung der demokratischen Verfassung 1999 änderte an diesen Verhält-

nissen nichts. Der Ertrag wird nicht oder nur unzureichend in staatliche Infrastruktur wie Bildung oder Gesundheit investiert. Der Human Development Index, der neben ökonomischen Indikatoren auch Faktoren wie Lebenserwartung, Zugang zu Bildung und Lebensstil angibt, weist Nigeria trotz seiner ökonomischen Erfolgsbilanzen für das Jahr 2012 den Platz 153 von 187 Staaten zu.

Boko Haram und der Terror

Seit langer Zeit regiert politische Gewalt den nigerianischen Alltag, die sich im Laufe der letzten Jahre graduell verstärkt hat: Die islamistische Terrorgruppe Boko Haram hat seit 2003 vor allem in den nördlichen Bundesstaaten tausende Menschen ermordet. Der Name Boko Haram ist aus dem Hausa und dem Arabischen abgeleitet und bedeutet übersetzt in etwa „Westliche Bildung ist Sünde“. Über ihre Struktur sowie Mitgliederanzahl ist wenig bekannt. Die radikal-islamische Gruppierung wurde 2003 im nordöstlichen nigerianischen Bundesstaat Borno von Mohammed Yusuf gegründet. Er leitete in den 1990er eine islamische Jugendgruppe, die dem Salafismus zuzuordnen ist.

Im Juli 2009 verweigerten Boko Haram-Mitglieder die Einhaltung einer Helmpflicht für Motorradfahrer, was zu heftigen Auseinandersetzungen mit Polizisten führte. Die Folge war ein bewaffneter Aufstand im Bundesstaat Bauchi, der sich auf Borno, Yobe und Kano ausbreitete. Die Armee versuchte diesen Aufstand zu unterdrücken und tötete dabei 800 Aufständische. Der Einsatz führte zur im Fernsehen übertragenen Hinrichtung von Mohamed Yusuf sowie der Tötung seines Schwiegervaters und anderer Mitglieder der Gruppe. Diese Ereignisse wurden von Menschenrechtsvertretern als außergerichtliche Tötungen hart verurteilt und warfen ein schlechtes Licht auf das Militär. Nach dem Tod des Führers verschwand Boko Haram zunächst im Untergrund, um dann 2010 unter neuer Führung von Abubakar Shekau wieder aufzutauchen. Seitdem häufen sich die Anschläge und nehmen an Brutalität und Ausmaß zu. Der Hass der Terroristen entlud sich anfangs in Anschlägen auf staatliche Institutionen und deren Vertreter wie Polizisten und Soldaten und religiöse Einrichtungen wie Kirchen und gemäßigte islamische Gelehrte (Emire).

Viele Muslime in Nigeria distanzieren sich von der Terrorgruppe und sind oftmals selbst Opfer der Anschläge. Mittlerweile werden gezielt Märkte, Schulen, Universitäten und Omnibusbahnhöfe angegriffen, die hoch frequentiert sind. Auffällig ist jüngst die Verlagerung der Bombenanschläge vom Norden in Richtung Süden. Seit April 2014 ist der Terror endgültig in der als bisher sicher geltenden Hauptstadt angekommen und setzt die Regierung dort umso deutlicher unter Zugzwang. Die Anzahl der Opfer nimmt stetig zu. Zwischen 2009 und 2014 sind ca. 5 000 Menschen getötet worden,¹ unzählige wurden verletzt, Hunderttausende sind auf der Flucht. Die stetige Eskalation lässt die nigerianische Regierung unfähig erscheinen, das Staatsterritorium zu kontrollieren und für den Schutz der Zivilisten zu sorgen.

Süd-Nord-Gefälle

Für die Entwicklung des terroristischen Netzwerks Boko Haram hat sich das Wohlstandsgefälle im Land als ein begünstigender Faktor erwiesen. Die Abgrenzung der religiös, ethnisch und wirtschaftlich sehr unterschiedlich geprägten nördlichen und südlichen Landesteile Nigerias voneinander hat gesellschaftliche und politische Relevanz. Städte und ländliche Siedlungen im Norden sind von Armut gekennzeichnet. Prosperierende Großstädte im Süden und vor allem die Wirtschaftsmetropole Lagos locken viele Binnenmigranten an. Lagos ist aufgrund der Nähe zum Atlantik ein attraktiver logistischer Standort. Es war bis zur Gründung Abujas Mitte der 1990er Jahre Nigerias Hauptstadt. Die konsumorientierten Industriezweige des Film- und Musikbusiness, sowie Hauptverwaltungen (inter)nationaler Firmen wie z.B. der Bauindustrie, prägen bis heute den Charakter der bevölkerungsreichsten Stadt Afrikas, die über 20 Millionen Einwohner zählt. Die Menschen im Norden fühlen sich marginalisiert, denn sie profitieren vom Wirtschaftsaufschwung im Süden kaum. Die Schuld an der ungerechten Verteilung der Gewinne wird eindeutig der Regierung zugeschrieben, da sie für das Wohl aller Nigerianer verantwortlich sei, dieser Pflicht aber nicht nachkomme. Diese faktische Vernachlässigung ließ die Islamisten

Korruptionssumpf

Since gaining its independence in 1960, Nigeria has received \$400 billion (£257 billion) in aid – six times what the U.S. pumped into reconstructing the whole of Western Europe after World War II.

...

It is estimated that since 1960, about \$380 billion (£245 billion) of government money has been stolen – almost the total sum Nigeria has received in foreign aid.

...

Frankly, we might as well flush our cash away or burn it for all the good it's doing for ordinary Nigerians.

Michael Burleigh in dailymail 8.8.13
<http://dailym.ai/1rYOAdv> (9.10.14).

an Boden gewinnen und bewegte Teile der Bevölkerung dazu, sich z.B. für die Einführung der Scharia auszusprechen. Viele Bewohner fühlen sich von der Regierung im Stich gelassen. Die demokratische Verfassung, die seit 15 Jahren in Kraft ist, hat die Lebensumstände der Bevölkerung nicht verbessert. Boko Haram verspricht, das zu ändern, indem sie sich v.a. gegen Korruption und für Teilhabe des Nordens an den nationalen Ölgewinnen ausspricht.

Vor allem perspektiv- und arbeitslose junge Männer werden von Boko Haram systematisch rekrutiert. Feindbilder von der „westlich“ beeinflussten, korrupten nigerianischen Zentralregierung, die den Norden bewusst vernachlässigt, fallen hier auf fruchtbaren Boden.

Vertrauenskrise und strukturelle Defizite

Die Regierung übt sich indessen nicht allein in politischer Untätigkeit, sondern versucht zudem, die Ausmaße der terroristischen Aktivitäten zu verschleiern. Die erste offizielle Reaktion der Regierung kurz nach der Entführung der Schülerinnen Mitte April 2014 stellte sich als Lüge heraus. Die Regierung gab bekannt, dass alle Mädchen bis auf acht befreit worden seien. Diese Falschinformation wurde von Journalisten aufgedeckt, die die Angehörigen der Entführten befragten. Danach beschuldigte die Regierung die Eltern, sich nicht kooperativ an der Aufklärung des Falls zu beteiligen, da sie Informationen zurückhielten. Es war nicht das erste Mal, dass mit einer Unwahrheit versucht wurde, die Lage zu beruhigen: Mitte 2013 berichteten internationale Nachrichtenagenturen über den Tod des Boko Haram Anführers Abubakar Shekau. Die nigerianische Armee hatte diese Falschmeldung lanciert.

Die gesellschaftliche Unzufriedenheit ist hoch, Proteste werden immer wieder laut. Seit Mai 2014 fanden vermehrt Demonstrationen der Angehörigen der verschleppten Schülerinnen und Mitgliedern von Frauen- und Menschenrechtsgruppen in Abuja statt, die der amtierenden Regierung eine Mitschuld an den Entwicklungen im Norden des Landes vorwerfen. Bereits nach kurzer Zeit verbot die Regierung Kundgebungen der international unterstützten

„Bring Back Our Girls-Kampagne“, die das Ziel verfolgten, die Regierung unter Druck zu setzen, und die Befreiung der Mädchen voranzutreiben. Vorfälle wie diese beiden veranschaulichen die Kluft, die zwischen den Staatsvertretern (seien es Polizisten, Soldaten oder Politiker) und den Bürgern herrscht. Vor allem die Folgen der grassierenden Korruption sind für jeden Bürger spürbar: Ungenügender Zugang zu öffentlicher Infrastruktur wie z.B. die seit Jahrzehnten versprochene flächendeckende Stromversorgung beeinflussen den Alltag jeder Nigerianerin und jedes Nigerianers. Die jüngst vollzogene Privatisierung in diesem Bereich brachte keine Veränderung, sondern hatte lediglich höhere Rechnungen trotz oft ausbleibender Stromlieferungen zur Folge. Das Geld verschwindet nach wie vor in den Taschen von Politikern und mit ihnen verbündeten Geschäftsleuten.

Der nicht funktionierende Staatsapparat, darunter Justiz und Polizei, die für die Sicherheit der Bürger verantwortlich sein sollten, kommt seinen Verpflichtungen auch gegenüber den Staatsbediensteten nicht nach: Die unterbezahlten Beamten sind empfänglich für Bestechungsgelder und verschaffen so vielen Verbrechern Straffreiheit. Von den 130,7 Milliarden Naira (umgerechnet ca. 583,4 Millionen Euro), die im ersten Quartal 2014 bereits in die Bekämpfung von Boko Haram investiert wurden³, versickerte der größte Teil.

Dass die Regierung lange nicht angemessen auf terroristische Vereinigungen wie Boko Haram und ihre Aktivitäten reagierte, sorgte dafür, dass diese sich nahezu ungestört im gesamten nordöstlichen Teil des Landes verbreiten konnte. Die Präsenz radikal islamischer Kräfte und ihre Motivationen wurden über Jahre hinweg von den Regierungsverantwortlichen ignoriert oder kleingeredet. Dieses Vakuum ermöglichte Boko Haram eine großflächige Ausbreitung und Vernetzung, über die Staatsgrenzen zu Niger, Tschad und Kamerun hinweg, zu einer transnationalen Formation. Die Mitglieder töten seit einigen Jahren scheinbar willkürlich und mit zunehmender Intensität Zufallsopfer und gelten gleichzeitig als nicht zu identifizieren oder zu lokalisieren.

Für fast jeden Nigerianer ist schon lange sichtbar und auch spürbar, dass die Regierung weder in der Lage ist, die breite Bevölkerung am wirtschaftlichen Aufstieg des

Landes zu beteiligen, noch grundlegende Menschenrechte zu gewährleisten. Hinzu kommen die ungerechte Verteilung der Gewinne aus dem Ölgeschäft, Korruption⁴, Mangel an Arbeitsplätzen und fehlende Investitionen im Bildungsbereich. Die islamistische Bewegung proklamiert als Ziel ein Ende der Ungerechtigkeiten, das mithilfe einer Islamisierung erreicht werden soll.

Diese Probleme sind nicht neu. Vor allem nigerianische Akademiker und Journalisten weisen schon seit längerer Zeit auf die fortschreitenden Probleme der sozialen Spannungen und die daraus resultierenden Folgen hin. In zahlreichen Veröffentlichungen legen sie die Schwachstellen der staatlichen Institutionen sowie der Verfassung offen. Diese Schwachstellen sind u.a. die fehlende Unparteilichkeit der Justizbeamten, die oftmals der Gleichbehandlung von Verdächtigen vor Gericht im Wege steht. Mehr als die Hälfte der nigerianischen Gefängnisinsassen sind noch nicht verurteilt. Sie warten nicht selten jahrelang auf ihren Prozess. Außerdem finden systematische Missachtungen von Menschenrechten durch die Sicherheitskräfte statt wie jüngst von Amnesty International bekannt gegeben wurde.⁵ Eine in regelmäßigen Abständen wiederkehrende empfohlene Maßnahme beinhaltet die Aufhebung der Sektion 215(3) der Verfassung, die den obersten Polizeichef (Inspector General of Police) dem Präsidenten unterstellt. Unter diesen Bedingungen kann der Polizeichef keine vom Präsidenten unabhängigen Entscheidungen treffen. Damit wird die Gewaltenteilung unterlaufen, und die Macht konzentriert sich im Amt des Präsidenten.



Über eine Million Menschen kamen vor 14 Jahren in Kano zusammen, um die Einführung der Scharia im gleichnamigen Bundesstaat zu feiern. Die nigerianischen Muslime hofften, dass die Scharia der Korruption, Misswirtschaft und Ungerechtigkeit ein Ende bereiten würde. Foto: picture alliance/dpa © dpa

Neben dem Problem der fehlenden Gewaltenteilung gibt es auch ein Defizit im Hinblick auf die Zersplitterung wichtiger Funktionen. So plädieren Kritiker für eine Zusammenlegung verschiedener Institutionen zur Kosten- und Personalreduktion, da diese ohnehin die gleichen Tätigkeitsfelder abdecken (z.B. Ministry of Police Affairs und Police Service Commission). Beachtet werden diese Vorschläge von den Regierenden jedoch selten. Seit Ende der Militärdiktatur 1999 formieren sich Menschenrechtsgruppen, die sich für Bürgerrechte einsetzen und die Regierung und staatliche Institutionen kritisieren.

Zu Beginn seiner Amtszeit 2011 wurde der derzeitige amtierende nigerianische Präsident Goodluck Jonathan als Hoffnungsträger gesehen. Aus einer als relativ fair und frei geltenden Wahl ging der Kandidat der ethnischen Minderheitengruppe der Ijaw aus dem Süden des Landes als Sieger hervor. Jonathan ist in der Geschichte der unabhängigen Republik erst das zweite Staatsoberhaupt⁶ Nigerias ohne militärischen Hintergrund und symbolisierte für viele Beobachter im In- und Ausland einen Schritt in Richtung Demokratisierung. Er versprach, die bestehenden Spannungen zwischen dem Norden und Süden zu reduzieren, die Lösung lokaler Konflikte sowie den Wiederaufbau der Infrastruktur voranzutreiben.

Doch eine vorläufige Bilanz ergibt, dass es, abgesehen von seiner durchaus erfolgreichen wirtschaftsfördernden Politik, durch z.B. Steuererleichterungen für ausländische Firmen, kaum grundlegende Verbesserungen der Lebensqualität gab. Wenige Neuerungen waren im Bildungs-, Gesundheits-, oder Agrarbereich zu verzeichnen. Insgesamt gesehen verschärfen sich die Probleme eher noch. Einige das politische Geschehen beobachtende Nigerianer sehen mittlerweile das Staatsoberhaupt selbst als Verkörperung des Problems. Seine Präsidentschaft bestätigt die Marginalisierung der Bewohner des Nordens. Ihm wird vorgeworfen, das ungeschriebene Gesetz gebrochen zu haben, demzufolge die Regierungsführung zwischen Repräsentanten aus dem Norden und dem Süden alternieren sollte. Um Wählerstimmen aus dem Norden zu gewinnen, versprach er, 2011 nur für eine Amtszeit kandidieren zu wollen, obwohl rechtlich zwei Legislaturperioden von je vier Jahren möglich

wären. Seine Ankündigung einer erneuten Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen im Februar 2015 sorgte daher für Unmut.

Auch international wächst die Kritik an Jonathan. In der aktuellen Krise um Boko Haram macht zum Beispiel Human Rights Watch die Regierung für die derzeitige katastrophale Sicherheitssituation verantwortlich. Als Hauptgrund für die eskalierende Gewalt wird der politischen Elite von vielen Beobachtern ein mangelnder Wille zu Reformen attestiert. Nahezu alle Machthaber und Führungseliten des Status quo profitieren vom System der Korruption bzw. gelangten dadurch erst an ihre derzeitigen Ämter und wollen diese lukrativen Machtposten ungern aufgeben. Auch fehlt noch immer eine demokratische Debattenkultur in den staatlichen Entscheidungsgremien, so dass die demokratische Verfasstheit Nigerias letztlich nicht mit Leben gefüllt ist, so nigerianische Tageszeitungen wie The Punch, Vanguard und The Nation.

Versagen der inneren Sicherheit

Im westafrikanischen Vergleich gilt Nigeria als militärisch stark. Das Land ist nicht nur einflussreichstes ECOWAS⁷-Mitglied, sondern engagiert sich seit Jahren mit Friedenstruppen innerhalb der Staatengemeinschaft in verschiedenen Krisengebieten (Mali, Guinea, Guinea-Bissau, Liberia etc.). Der Widerspruch zwischen dem außenpolitischen Anspruch und der Lage im Innern ist eklatant: Nigeria möchte gerne die Rolle der regionalen Ordnungsmacht übernehmen, kann aber innenpolitisch keineswegs Sicherheit gewährleisten. Das passt nicht zusammen.

Die brisante Zuspitzung wurde über Jahre ausgesessen. Jonathans Augenmerk lag auf der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, während er sicherheitsrelevante Bereiche vernachlässigte. Erst seit Kurzem wird versucht, die Situation im Norden durch vermehrte Präsenz von Sicherheitskräften zu beruhigen. Die Passivität der Regierungsführung und ihre Fehleinschätzung des innenpolitischen Problems wurden im April 2014 besonders deutlich: Als der Präsident den ersten von Boko Haram verübten Bombenanschlag auf einen Busbahnhof im östlichen Außenbezirk Abujas, Nyanya, verurteilte, bezeichnete er die Terroristen als ein „temporäres Problem“. Der Zynismus

Zum Weiterlesen

Anumihe, Isaac 2014: FG spends N130b on Boko Haram – Okonja-Iweala, In: The Sun 24.5.2014, <http://sunnewsonline.com/new/?p=64927> (5.7.14).

www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes_Uebersichtsseiten/Nigeria_node.html (12.6.14).

CLEEN Foundation: www.cleen.org/ (12.6.14).

www.crisisgroup.org/en/regions/africa/west-africa/nigeria/216-curbng-violence-in-nigeria-ii-the-boko-haram-insurgency.aspx (2.5.14).

ECOWAS: www.ecowas.int/ (12.6.14)

Global Compact: www.unglobalcompact.org/index.html (12.6.14).

Hasenclever, Andreas/Sändig, Jan 2014: Nigeria – Gewaltursache Religion?, In: Friedensgutachten 2014, LIT Verlag, Berlin, S. 180-195.

Human Development Index: <http://hdr.undp.org/en/countries/profiles/NGA> (12.6.14).

Human Rights Watch (2014a): www.hrw.org/news/2014/07/15/nigeria-boko-haram-kills-2053-civilians-6-months (14.8.14).

Human Rights Watch (2014b): www.hrw.org/world-report/2014/country-chapters/nigeria?page=1 (14.8.14).

Human Rights Watch 2012: Spiraling Violence. Boko Haram Attacks and Security Force Abuses in Nigeria www.hrw.org/reports/2012/10/11/spiraling-violence-0 (12.6.14)

Justice for All Nigeria: www.j4a-nigeria.org/ (12.6.14).

Mark, Monica 2014: Nigerian president admits Islamists have secret backers in government, In: The Guardian, 9.12.12, www.theguardian.com/world/2012/jan/09/nigeria-islamists-government-backers-admits-president (30.4.14).

NOPRIN: www.noprin.org/ (25.6.14).

Transparency International: www.transparency.org/country#NGA (12.6.14).

<https://twitter.com/hashtag/BringBackOurGirls> (17.6.14).

dieser Bemerkung erschließt sich schon mit einem Blick auf die alleine in diesem Jahr durch Boko Haram ermordeten Menschen: Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch berichtet über 2053 Tote,⁸ die es in den ersten sechs Monaten gab, dazu zahlreiche Verletzte. Nach fast jedem Anschlag verurteilten führende Politiker in offiziellen Stellungnahmen die Geschehnisse. Dabei blieb es aber in aller Regel auch. Nicht selten wurde die Bevölkerung aufgefordert, zu beten und zu hoffen, dass der Schrecken bald ein Ende haben werde.

Hier zeigen sich einige der gravierenden Probleme im Sicherheitssektor (Streitkräfte, Polizei und Justiz) des Landes: Nigeria leidet nicht erst seit Erstarken dieser Terrorgruppe unter einem Sicherheitsproblem. Der Polizeiapparat war zu Zeiten der Militärregierungen marginalisiert, litt am Qualitätsverfall seiner alltäglichen Arbeit und befindet sich bis heute in einem desolaten Zustand. Menschenrechtsverletzungen wie das Foltern von Häftlingen, außergerichtliche Tötungen und fehlender Opferschutz sind keine Seltenheit.

Eine Unterfinanzierung des Polizeiapparats sorgt dafür, dass es Polizisten an angemessener Ausstattung, guter Ausbildung und pünktlich gezahlter Entlohnung fehlt. Auch interne und externe Kontrollmechanismen sind fehlerhaft.

Zwar wurden in der Vergangenheit verschiedene staatliche Kommissionen gebildet, um die Arbeit der Beamten zu überwachen. Zu erwähnen sind hier beispielsweise Disziplinierungsinstitutionen wie die Police Service Commission (nimmt Beschwerden über Fehlverhalten von Polizeibeamten entgegen) und die National Human Rights Commission (Beschwerdestelle für allgemeine Menschenrechtsverletzungen, die versucht, diese vor Gericht zu bringen). Auch diese unterliegen aber wie die anderen staatlichen Institutionen den genannten Bedingungen, so dass wenig effektive Arbeit geleistet wurde. Im Justizbereich sind es vor allem Verzögerungen im Prozessablauf, Klientelismus und fehlende Kooperation mit den Polizeikräften, die notorisch Probleme bereiten. Kurzum: Die nigerianischen Sicherheitskräfte sorgen vorrangig für den Schutz der Mächtigen und Reichen. Die Bürger fühlen sich angesichts des maroden Sicherheitsapparats im Stich gelassen und organisieren sich selbst. Im ganzen Land erfahren Bürgerwehren, eth-

nische Milizen und ähnliche Gruppierungen einen Aufschwung, da sie die Sicherheit für viele Nigerianer privat gewährleisten wollen. Daraus ergeben sich Rivalitäten um Befugnisse zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Sicherheitsanbietern.

Reformaktivitäten im Sicherheitsbereich

Seit einigen Jahren gibt es in Zusammenarbeit mit internationalen Agenturen der Entwicklungszusammenarbeit verschiedene Maßnahmen und Modellprojekte, um nachhaltige Kompromisslösungen für bürgernahe Sicherheitsdienstleistungen zu finden. Nach der Rückkehr zu einem zivilen Mehrparteiensystem 1999 haben vor allem die Vereinten Nationen, Großbritannien und die USA Nigeria bei der Reformierung des Sicherheitssektors und bei Aufbaumaßnahmen von Polizei, Marine und Armee assistiert – bislang jedoch ohne nennenswerten Erfolg. In den nördlichen Bundesstaaten, die vorwiegend, aber nicht ausschließlich, von Muslimen bewohnt werden, wurde vor einigen Jahren die Scharia-Gesetzgebung als Alternative zum nicht funktionierenden Staatsapparat eingeführt. Dort lebende Christen fühlen sich seither nicht nur diskriminiert, sondern zunehmend auch vom Terror Boko Harams bedroht. Viele sind daher bereits in den Süden oder in die Nachbarländer abgewandert. Durch die Abwanderung der Christen könnte sich der Norden zu einer rein islamischen Region wandeln, in der keine säkulare Verfassung mehr gelten würde. Die Menschen versuchen in den ohnehin schon dicht bevölkerten Süden zu gelangen, wo sich die bestehenden sozialen Probleme noch verschärfen könnten.

Inzwischen scheint die nigerianische Regierung verstanden zu haben, dass man den Norden des Landes nicht einfach sich selbst überlassen kann. Sie zeigt sich um ihren Ruf als Wirtschaftsmacht besorgt und fürchtet die Abwanderung von Firmen und Investoren. Ihre Reaktion ist jedoch eher eine „Verschlimmbesserung“: Als ein erster Versuch, staatliche Handlungsfähigkeit herzustellen, kann die Ausrufung des Ausnahmezustands in den drei Bundesstaaten Yobe, Borno und Adamawa vor gut zwei Jahren genannt werden. Dies ermöglicht ein Eingreifen mit besonderen Befugnissen, u.a.

eine Einschränkung der Bürgerrechte durch vereinfachte Verhaftungsmethoden. Da Polizei und Militär auf Grund der chronischen Unterfinanzierung schlechter ausgestattet sind als die Terroristen, haben sie bei ihren Einsätzen gegen Boko Haram trotz der erweiterten Befugnisse aber erhebliche Verluste hinnehmen müssen. Anschläge und Entführungen verhinderte der Ausnahmezustand ebenfalls nicht. Mitte Mai 2014 begann die Entsendung von Einheiten der sogenannten Joint Task Force in den Norden. Darunter versteht man Spezialeinheiten, die aus Polizisten, Soldaten und Mitarbeitern des Geheimdienstes bestehen und Verdächtige festnehmen sowie weitere Attentate vereiteln sollen. Bisher haben sie wenig sichtbare Erfolge aufzuweisen, machen aber mit Menschenrechtsverletzungen, außergerichtlichen und willkürlichen Tötungen von Verdächtigen und Unschuldigen in den Schlagzeilen nationaler und lokaler Medien von sich reden. Willkürliche Racheaktionen des Militärs an der muslimischen Bevölkerung haben die Regierung und die Sicherheitskräfte in ein noch schlechteres Licht gerückt. Die getroffenen Maßnahmen tragen offenkundig nicht zur Beruhigung oder gar Befriedung der Gesamtlage bei.

Auswege und langfristige Perspektiven

Die USA hatten Nigeria Unterstützung bei der Befreiung der entführten Schülerinnen angeboten. Die Dringlichkeit der Suche nach den entführten Mädchen steht außer Frage. Dennoch kann ein Eingreifen internationaler Kräfte als bestenfalls kurzfristig wirksam gewertet werden. Dies kann die brisante Lage im Norden Nigerias nicht dauerhaft entspannen. Die strukturellen Probleme im Innern der Gesellschaft blieben aber unangetastet, wenn die Frage nach Lösungen sich allein auf das kurzfristige Ziel richten würde, die Entführungsoffer zu befreien und weitere Bombenanschläge im Land zu vereiteln. Mittel- und langfristig steht die nigerianische Regierung vor der Herausforderung, die Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr zu sichern, die Korruption im Staatsapparat einzudämmen und Investitionen zur infrastrukturellen Entwicklung vor allem des nördlichen Landesteils zu tätigen, um dessen Marginalisierung entgegenzuwirken.

Gerüchte und Verschwörungstheorien

Die Befehlsstrukturen, Mitglieder und Vorgehensweise der Terrorgruppe Boko Haram liegen weitgehend im Dunkeln. Ihr Erfolg, ihre oft punktgenauen Anschläge und die gute Ausstattung mit modernen Waffen nähren jedoch Verschwörungstheorien und Gerüchte. Schließlich stellt die Regierung dem Sicherheitssektor beachtliche Summen zur Verfügung. Etwa 20 Prozent des Bundeshaushalts fließen an Militär, Polizei, Staatssicherheit und Paramilitärisches Verteidigungskorps. Doch kommt nur etwa ein Viertel des Geldes bei der Terrorbekämpfung an. Das schürt den Verdacht, dass es zu viele einflussreiche Personen, auch Schattenmänner (Unterstützer der Politiker) fernab der politischen oder wirtschaftlichen Bühne gibt, die vom „Geschäft mit der Angst“ profitieren, wie z.B. Rüstungs- und Sicherheitsunternehmen oder Waffenimporteure.

Angesichts des nun auch im Ausland konstatierten Unwillens der Regierung gehen manche Beobachter sogar von einer komplexen Verstrickung zwischen Staatsvertretern sowie den Terroristen bzw. deren Förderern aus. Manche behaupten sogar, Boko Haram sei eine Erfindung der Mächtigen, um die Kontrolle über das Land und damit die Ressourcen zu behalten.

Auch Verbindungen zwischen der Armee und Boko Haram werden vermutet. Hat nicht die Armee durch den Terror neue Bedeutung gewonnen und ihre Stellung verbessert?

Andere behaupten, der Terror komme vor allem Oppositionspolitikern sehr gelegen, um die Unfähigkeit der jetzigen Regierung zu demonstrieren und sie zu schwächen.

Es ist offenkundig, dass die nigerianischen Sicherheitskräfte im Kampf gegen Boko Haram überfordert sind. Auch sie bräuchten allerdings längerfristig weniger die Ad-hoc-Militärhilfe anderer Länder, sondern Reformen, die sie in die Lage versetzen, selbst für mehr Sicherheit im Land sorgen zu können. Dies kann nur mithilfe von auf Dauer angelegten Maßnahmen zum Aufbau staatlicher (Sicherheits-)Institutionen gelingen.

Im Sicherheitsbereich engagieren sich bereits seit mehreren Jahren internationale Entwicklungsorganisationen, die in Kooperation mit staatlichen Institutionen (wie z.B. der nigerianischen Polizei Nigeria Police Force) Maßnahmen zur Strukturverbesserung vornehmen. Dabei stehen die Bereitstellung besserer technischer Ausrüstung sowie das Erlernen von berufsspezifischen Fähigkeiten wie gesetzeskonformer Beweisaufnahme, Zeugenvernehmungen und die Behandlung von Verdächtigen und Zeugen (unter Beachtung der Menschenrechte) auf der Agenda. Diese Projekte decken jedoch bei weitem nicht alle Problemfelder ab.⁹ So können meist nur Modellprojekte durchgeführt werden, deren Laufzeit und potenzielle Erfolge regional und zeitlich begrenzt sind. Es fehlt bislang an einer zentralen Koordinierung. Inhaltlich ähnliche Projekte finden oft isoliert voneinander statt. Es gibt zahlreiche und vielfältige Initiativen vor Ort, die vor

allem privat (von nigerianischer Seite) und öffentlich (internationale Geldgeber) finanziell unterstützt werden. Sie könnten ein wachsendes Gegengewicht sowie auch zivilgesellschaftliche Kontrollinstanzen der Regierung bilden (z.B. NOPRIN Foundation/ Network on Police Reform in Nigeria).

Flächendeckende Maßnahmen wie Schulungen für Militär- und Polizeipersonal sind langfristig erfolgsversprechender, müssen aber auch an die umgebenden Arbeits- und Lebensbedingungen der Beamten angepasst werden. Die Erwartungen sind zu hoch, da Theorie und Praxis unterschiedliche Welten darstellen, die bisher kaum miteinander zu vereinbaren sind. Unter solche Maßnahmen könnten z.B. konkrete Beispiele für die Anwendung von Menschenrechten fallen, die teilweise schon in Kursen anhand von Fallstudien vermittelt werden. Der Vorteil davon ist, dass neu eingeführte Verhaltensregeln klar und einfach für alle Polizisten unabhängig ihres Bildungsniveaus allgemein verständlich und damit auch praxistauglich wären. Ebenso könnte die Nutzung bereits bestehender (Vertrauens-)Strukturen zwischen den Sicherheitsanbietern und -nutzern sowie die Expertise der Lokalbevölkerung neue Wege aufzeigen. Bürger haben die umfangreichste Kenntnis über die sie umgebende Nachbarschaft, sie wissen um Gefahrenzonen und kennen vielleicht sogar die Täter(-gruppen).

Anmerkungen

- 1 Vgl. *Human Rights Watch* 2014: www.hrw.org/world-report/2014/country-chapters/nigeria?page=1 (14.8.14).
- 2 vgl. *Mark, Monica* 2014: Nigerian president admits Islamists have secret backers in government. In: *The Guardian*, 9.12.12, <http://bit.ly/1wZqMKS> (30.4.14).
- 3 Vgl. *Anumihe, Isaac* 2014: FG spends N130b on Boko Haram – Okonja-Iweala, In: *The Sun* 24.5.14, <http://sunnewsonline.com/new/?p=64927> (5.7.14).
- 4 Nigeria rangiert laut einer Untersuchung von Transparency International aus dem Jahr 2013 auf den hinteren Plätzen (Platz 144 von 177 untersuchten Ländern; Transparency International www.transparency.org/country#NGA (12.6.14)).
- 5 *Amnesty International* 2014: ‚Welcome to Hellfire‘. Torture and Other Ill-Treatment in Nigeria. <http://bit.ly/1tmSK0x> (16.10.14).
- 6 Neben dem ersten Präsidenten Nnamdi Azikiwe, der von 1963-66 dieses Amt innehatte.
- 7 ECOWAS steht für Economic Community of West African States (westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft). Sie strebt auch eine politische Einheit an (www.ecowas.int/ (12.6.14)).
- 8 Vgl. *Human Rights Watch* 2014: www.hrw.org/news/2014/07/15/nigeria-boko-haram-kills-2053-civilians-6-months (14.8.14).
- 9 Andere Projekte bedienen sich sozialer Medien (z.B. www.stopthebribes.org als gemeinsame interaktive Website der Nichtregierungsorganisation CLEEN Foundation (<http://www.cleen.org/>), des britischen Justice for All-Programms und der nigerianischen Polizei), erreichen damit aber nicht die Mehrheit der Bevölkerung.

Da sie aber weder über das Wissen noch die Berechtigung verfügen diese zur Rechenschaft zu ziehen, ist eine Zusammenarbeit mit den dafür Verantwortlichen unabdingbar und sollte intensiviert werden. Einige Stimmen plädieren für eine administrative Veränderung der Beamtenbesoldung, deren Verdienst bisher von der Bundesregierung in Abuja an die Gouverneure der einzelnen Bundesstaaten übertragen wird. Dies könnte durch eine zentralisierte direkte Auszahlung an die Polizisten und Soldaten vereinfacht werden und damit den korruptionsfördernden bürokratischen Überbau umgehen.

Was bislang in der Debatte ausgeblendet wurde, ist die Rolle der ausländischen Wirtschaftspartner in Nigeria: Internationale Organisationen sowie Unternehmen könnten Druck auf die Regierung ausüben. An einem zerbrechenden Staat, in dem Terrorgruppen, Milizen und Armee Angst und Schrecken verbreiten, kann auch ihnen kaum gelegen sein. Bisher engagieren ausländische Investoren eigene private Sicherheitsfirmen und gelten ebenfalls als an der Korruption beteiligte Akteure, die vorrangig ihren Ressourcenzugang sichern. Die Korruption und die resultierende Ungleichheit sind daher auch untrennbar mit der Rolle aller derzeitig aktiven internationalen Konzerne in Nigeria verbunden. Die Initiative des Global Compact sei an dieser Stelle als ein Beispiel positiver Praxis genannt, welche internationale wie nationale Wirtschaftsunternehmen dazu anhalten soll, proaktiv zur Förderung nachhaltiger Entwicklung beizutragen, indem sie sich öffentlichkeitswirksam zu Menschenrech-

ten, Arbeitsnormen, Umweltschutz und Korruptionsbekämpfung bekennen und ein positives gesellschaftliches Engagement in ihren jeweiligen Ländern anstreben.

In diesem Standpunkt wurde dargelegt, dass die Aktivitäten der islamistischen Terrorgruppe Boko Haram nur ein Ausdruck der Unfähigkeit der Regierung sind, das Land zu führen und für das Wohl der nigerianischen Bevölkerung zu sorgen. Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Nord-Süd-Asymmetrie Nigerias ist das Hauptproblem des Landes. Die Regierung sollte sich der Aufgabe stellen, das Wohlstandsgefälle endlich auszugleichen, indem sie an den richtigen Stellen investiert. Bisher sind die vom Staat verkündeten Maßnahmen zur Strukturverbesserung ausgeblieben. Das Vertrauen der Bevölkerung wurde enttäuscht. Es ist unabdingbar, die aktuelle Gewaltwelle in einem breiteren gesellschaftlichen Kontext zu betrachten, um wirkliche Lösungs-

wege überhaupt denken zu können. Um die vielfältigen Probleme anzugehen, braucht es Durchhaltevermögen bei der nigerianischen Regierungsführung wie auch bei den internationalen Kooperationspartnern.

Die komplexen Probleme sind nur langfristig zu lösen. Eine transparente Koordination der internationalen und nigerianischen Bemühungen auf staatlicher Ebene, sowie die verbesserte Wahrnehmung der Bürgerinteressen im gesamten Staatsgebiet könnten erste Schritte sein.



Nina Müller ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe „Politische Globalisierung und ihre kulturelle Dynamik“. Sie arbeitet an einer ethnographischen Studie über die Polizeireform in Nigeria.

HSFK-Standpunkte

erscheinen mindestens sechsmal im Jahr mit aktuellen Thesen zur Friedens- und Sicherheitspolitik.

Die HSFK, 1970 als unabhängige Stiftung vom Land Hessen gegründet und seit 2009 Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft, arbeitet mit rund 50 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in vier Programmbereichen zu den Themen „Sicherheits- und Weltordnungspolitik von Staaten“, „Internationale Institutionen“, „Private Akteure im transnationalen Raum“ sowie „Herrschaft und gesellschaftlicher Frieden“. Der Programmbereich „Information und Wissenstransfer“ vereint das Projekt „Akademisches Friedensorchester Nahost“, die „Schlangenbader Gespräche“, das „Friedensgutachten“ sowie die Institutsbibliothek und die Angebote der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Zudem arbeiten in der HSFK die programmungebundenen Forschungsgruppen „Politische Globalisierung und ihre kulturelle Dynamik“ und „Normativität im Streit: Normkonflikte im globalen Regieren“.

Die Arbeit der HSFK ist darauf gerichtet, die Ursachen gewaltsamer internationaler und innerer Konflikte zu erkennen, die Bedingungen des Friedens als Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit zu erforschen sowie den Friedensgedanken zu verbreiten. In ihren Publikationen werden Forschungsergebnisse praxisorientiert in Handlungsoptionen umgesetzt, die Eingang in die öffentliche Debatte finden.

Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
Baseler Str. 27-31, 60329 Frankfurt am Main
Postvertriebsstück D 43853, Entgelt bezahlt, ISSN-0945-9332

V.i.S.d.P.: Karin Hammer, Redakteurin an der HSFK, Baseler Straße 27-31, 60329 Frankfurt am Main, Telefon (069) 959104-0, Fax (069) 558481, E-Mail: info@hsfk.de, Internet: www.hsfk.de.

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Ein Nachdruck ist bei Quellenangabe und Zusendung von Belegexemplaren gestattet. Der Bezug der HSFK-Standpunkte ist kostenlos, Unkostenbeiträge und Spenden sind jedoch willkommen. Bitte geben Sie Ihre Adresse für die Zuwendungsbestätigung an.

Bankverbindung: Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, Konto 200 123 459

Design: David Hollstein · Layout: HSFK · Druck: Henrich Druck + Medien GmbH

ISSN 0945-9332